

V-8 Erhöhung der relevanten Haushaltsposten zur Unterstützung für Lehrkräfte und Schüler*innen gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus, an Allgemeinbildenden/Beruflichen Schulen und in Ausbildungsbetrieben

Gremium: LAG Bildung
Beschlussdatum: 14.02.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Verschiedene Anträge

Antragstext

Forderungen:

1. **Verstetigung und Erhöhung der Finanzierung für Träger**, die mit oder an oder in außerschulischen Lernorte für einen interreligiösen, interethnischen, friedlichen Dialog arbeiten und mit ihren Materialien und Angeboten Schulen/Betriebe unterstützen;

- die meisten Positionen im Haushaltstitel haben sich in den letzten drei Jahren wenig geändert. Sie werden dies auch voraussichtlich 2025 nicht tun, obwohl sich die Stimmung, das Ausmaß an Gewalt- und Übergriffen (laut Monitoring Gewaltdelinquenz 2023) an den Schulen und Stätten für Jugendliche verändert hat. Hier eine Auswahl an Initiativen, die im Haushalt mit Beträgen erwähnt sind.

KiGa (Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus z.B. 2023 - 182.310€, 2024 - 114.830€ und 2025 – 117.410€),

BQN e.V. (Zentrum für Diversitätskompetenz), RIAS (Bundesverband, Report-Antisemitismus), Each One, REDAR (Recherche- und Dokumentationsprojekt – Antimuslimischer Rassismus), DeVi – Verein für Demokratie und Vielfalt e.V., New Israel Fund, IBIM (Intersektionales Bildungswerk in der Migrationsgesellschaft) keine Förderung 2024/25

1.1 Befähigung der Lehrkräfte und des Personals an den Schulen/Betrieben berlinweit, durch Angebote niedrigschwelliger Fortbildung auf Hassbotschaften im Klassenraum/am Ausbildungsplatz angemessen zu reagieren (dieser Aspekt fehlt komplett in der Handreichung zur Demokratiebildung an Berliner Schulen, Berliner Landeszentrale für Politische Bildung)

23 z.B.

24 - Einbindung von Multiplikator/innen der Nachbarschaft für niedrigschwellige,
25 freiwillige Dialogangebote in den langen Pausen;

26 - Langfristige Bindungsarbeit durch Vertrauenspersonen an den Schulen/in
27 Betrieben für und mit Jugendlichen, die über die zumeist dreijährigen
28 Projektlaufzeiten kaum möglich ist.

29 **1.2 Befähigung der Lehrkräfte durch niedrigschwellige Fortbildungsangebote,**
30 Antisemitismus von legitimer Kritik an der Regierung und Politik des Staates
31 Israel und vom persönlichen Leid in Familien im Kontext des Nahostkonfliktes zu
32 differenzieren und die Begriffe Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus
33 rechtssicher verwenden zu können. Die Definitionen könnten sich an § 11 und §12
34 des Berliner Landesantiskriminierungsgesetzes orientieren.

35 z.B.

36 - möglicherweise mit kurzen Präsenz-/Online-Workshops; aufsuchende Beratung in
37 den Schulen für die Lehrkräfte/in den Betrieben für Ausbildungspersonal.

38 - Erstellung von digitalen/haptischen Informationsmaterialien, damit sich
39 Lehrkräfte nicht ungewollt gegenüber der Öffentlichkeit, Elternschaft und
40 Schüler/innenschaft sowie der Justiz angreifbar machen.

41 **1.3 Weitere Unterstützungs-/Partizipationsangeboten für** geflüchtete Jugendliche
42 schaffen zur Erhöhung von Medienkompetenz und für ein vertieftes Verständnis für
43 gesellschaftliche Rollen der Stadtgesellschaft;

44 **1.3.1 Trainingangebote** für alle geflüchteten Jugendliche, um unsere Geschichte
45 und die daraus entstehenden Verpflichtungen zu verstehen.

46 z.B.

47 - niedrigschwellige Bildungsarbeit in einfacher oder Herkunftssprache (Prüfung
48 und Abgleich bestehender Angebote durch Menschen mit Migrations-
49 /Fluchtgeschichte)

50 **1.4. Austausch von Jugendlichen und lokalen Multiplikator/innen** zwischen Israel
51 und auch Palästina stärken.

52 - Vorantreiben des internationalen Jugendaustausches als Säule der „soft
53 diplomacy“ – Kultur und Bildung, gerade für Jugendliche aus schwierigen

54 Verhältnissen

55 - Etablierung von niedrighschwelligem Begegnungsformaten in Berliner Bezirken für
56 Jugendliche und Erwachsene;

Begründung

In Berlin gibt es ein großes Spektrum von Angeboten zu den oben erwähnten Punkten. Aber, die Situation in der Stadtgesellschaft hat sich jetzt sichtbar geändert und entwickelt sich schnell in verschiedene Richtungen einer Radikalisierung, einem Rückzug und wieder in ein Schweigen.

Feststeht - Jugendliche und Lehrpersonal brauchen einen klareren Blick auf die Situation im Nahen Osten hier vor Ort in Berlin in all seiner Komplexität – nicht mit der Schaffung von neuen Strukturen, sondern mit der Verstärkung und Weiterentwicklung von zivilgesellschaftlichen Angeboten in Berlin; besonders für gefährdete und geflüchtete Jugendliche. Hierzu müssen die Ressourcen im Haushalt 2024/2025 erhöht werden. Die Aktivitäten müssen berlinweit angeboten werden. Angesichts der Situation in Israel, Palästina und Libanon müssen wir hier in Berlin im schulischen Leben und Miteinander vor die Welle von Hass, Desinformation, Apathie und Gewalt kommen. Wir alle haben sehr viel versäumt: In den Schulen, Jugendclubs, in der Kultur, an alltäglichen Orten der Begegnung.

Wenn das „Jetzt“ von „Nie wieder ist Jetzt“ wirklich ernst gemeint ist, und wir es über einen langen Zeitraum auch leben wollen – in all unserer Vielfalt, brauchen wir zwingend mehr Öffentlichkeit, mehr Partizipation, flächendeckend in ganz Berlin, heißt mehr Haushaltsmittel.

Es ist an uns, zusammen mit den Partnern besser zu verstehen, wie ein Neubeginn des Dialogs zwischen jüdischen, muslimischen, interkonfessionellen Menschen aussehen kann – für einen friedlichen, sicheren Austausch mit Gesprächen, Begegnungen und Feiern – gemeinsam innehalten in schwierigen Zeiten.

Rechtsradikale und extremistische Rattenfänger nutzen die oft prekäre Lage von vielen Jugendlichen aus, schüren Hass durch Desinformation und Vorurteile, ermutigen zur Relativierung der Geschichte. Dem muss sich Berlin entgegenstellen. Das geht nicht in wenigen Wochen, sondern braucht eine Kontinuität im aktiven Handeln. In der Ermutigung des Lehrpersonals in Schulen und Betrieben und vor allem der Jugendlichen.